

**GESICHT ZEIGEN und nicht KOPF IN DEN SAND STECKEN - Zur Taktik der Behörden
anlässlich des Aufmarsches der Rechtsextremisten am 14.5.06 in Bretzenheim**

Die Taktik der VG-Verwaltung Langenlonsheim „rechte Aufmärsche totzuschweigen“ indem man den Neonazis eine Demonstration genehmigt, den Bürgern gegenüber aber verheimlicht, wäre fast aufgegangen, wenn nicht eine Regionalzeitung wenigstens im Nachhinein darüber berichtet hätte.

Einen Aufmarsch zu genehmigen, seine polizeiliche Absicherung (wofür – oder besser - gegen wen eigentlich?) zu organisieren und dann zu schweigen mag für die Mehrheit belanglos erscheinen, für Menschen aus Minderheitengruppen ist es zumindest beängstigend, wenn nicht lebens-bedrohend. Sich abzuwenden und dabei zu hoffen, dass nichts geschieht und keiner dies merkt ist kindliche Realitätsverweigerung.

Genau dies hat sich am 14.5.06 in Bretzenheim und am „Feld des Jammers“ ereignet. Neonazis zogen triumphierend durch das Dorf und und statteten dem Denkmal für deutsche Kriegsgefangene ihren makabren Besuch ab.

Die nachträglichen Rechtfertigungsversuche des verantwortlichen Verbandsbürgermeisters [in einer Regionalzeitung (AZ vom 17.5.06)], „zu einer Gegendemonstration aufzurufen, sei unverantwortlich gewesen, da damit ein noch größerer Aufwand als der bereits betriebene (mehrere hundert Polizisten ...)“ verbunden gewesen wäre und „durch eine Gegenkundgebung die Lage aufgeheizt, das Gefahrenpotential noch vergrößert“ würde, sind absolut inakzeptabel und in mehrfacher Hinsicht *ein Skandal*: 1. Glaubt die Verwaltung ernsthaft, nur um Kosten zu sparen, dürfe sie ohne Not den öffentlichen Raum klammheimlich den Propagandisten von Rassismus, Intoleranz und rechter Gewalt überlassen und diese durch Ihre Geheimniskrämerei auch noch vor jeder Gegenöffentlichkeit schützen. 2. Indem sie erklärt, nicht die Hasstiraden skandierenden Neonazis seien das Problem, sondern diejenigen Bürger die gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ihr Gesicht zeigen wollen, verkehrt sie alle Fakten in ihr Gegenteil (Ich unterstelle, dass die Verwaltung dies nicht gründlich durchdacht hat!)

Wenn der Behördenleiter aber zufrieden feststellt, „die Bevölkerung habe davon kaum Notiz genommen“, verkennt er die Situation wiederum gründlich.

Beim öffentlichen Auftritt ausgewiesener Rassisten ist nicht „Ruhe die erste Bürgerpflicht“ sondern lauter Protest. Und an die Spitze des Protests gehören alle Amtsträger, die gehalten sind, als Vorbilder, demokratische Werte zu vertreten. Falls diese machtvolle Demonstration dann ein paar EURO gekostet hätte - wäre das gut angelegtes Geld gewesen. Unser Staat könnte sich im Gegenzug teure Imagekampagnen sparen und unsere WM-Gäste könnten sich wirklich „zu Gast bei Freunden“ fühlen und müssten nicht in ein Land reisen, in dem ihnen die schlimmsten Gespenster der Vergangenheit in vollem Ornat live auf der Strasse begegnen.

Das Argument schließlich, die Veranstaltung der Neo-Nazis könne nicht verboten werden, ist rechtsstaatlich absolut korrekt.

Menschen verachtende Meinungen sind auch keineswegs durch Gesetze oder Polizei zu bekämpfen. In einer Demokratie ist dazu ein gerüttelt Maß an administrativem Verstand und Bürgerengagement vonnöten. Die rechten Parolen müssen Gegenstand lauten und öffentlichen Streits und beharrlicher politischer Erziehung in Familien und Schulen sein. So funktioniert halt Demokratie, und nicht, indem man leisetreterisch dem deutschen Michel so lange den Schlaf bewacht, bis Glatzköpfe in „national befreiten Zonen“ die staatliche Autorität ausgehöhlt haben.

Bisher sind die Neonazis bei uns zum Glück noch nicht so stark wie in manchen ostdeutschen Kommunen. Ermutigt durch die diskrete Behandlung durch unsere Kommunalverwaltung werden sie aber auch in Zukunft gerne und so oft wie möglich in Bretzenheim aufmarschieren. Dies aber werden wache Bürger verhindern, wenn sie denn durch ihre gewählten Amtsträger wenigstens rechtzeitig über die braune Invasion informiert werden.

Rainer Kohlhaas für den Kreisverband Bad Kreuznach von Bündnis90/Die Grünen